



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die aktuelle Legislaturperiode des Kreistages neigt sich dem Ende zu. Dennoch ist in den nächsten Monaten bis zur Kommunalwahl am 6. März 2016 die Bewältigung der Flüchtlingskrise eine sehr große Herausforderung für den Landkreis mit seinen 23 Städten und Gemeinden. Hierbei machen sich auch Ängste und Sorgen bei vielen Mitmenschen in unserem Landkreis breit. Als CDU nehmen wir diese Sorgen ernst und werden uns weiterhin für eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge sowie eine zügige Integration von denen, die wirklich unsere Hilfe brauchen, einsetzen. Diese Hilfe muss aber nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ organisiert sein. Ein besonderer Dank gilt den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Als CDU-Kreistagsfraktion ist uns aber auch bewusst, dass unsere Kommunen in absehbarer Zeit an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen werden, weshalb zügiges Handeln von der Europäischen Union und der deutschen Bundesregierung zwingend erforderlich sind. Ungeachtet aller Herausforderungen wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen unseres aktuellen Newsletters und Ihnen und Ihrer Familie eine besinnliche Vorweihnachtszeit.

Ihr Lutz Köhler



CDU KREISTAGSFRAKTION
DARMSTADT-DIEBURG

Rückblick auf die Wahlperiode 2011 – 2016

4.800 Termine wahrgenommen

Die neunte Legislaturperiode des Kreistags Darmstadt-Dieburg neigt sich dem Ende entgegen, weshalb in der aktuellen Ausgabe des Newsletters vor der Kommunalwahl am 6. März 2016 ein Blick zurück geworfen wird.

So haben die Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion an 31 Kreistags-sitzungen, 68 Fraktionssitzungen, 122 Ausschusssitzungen, ca. 80 Arbeitskreissitzungen und einer Vielzahl von Beirats-, Kommissions-, Runden-Tisch- und Kuratoriumssitzungen teilgenommen. Dabei sollen an dieser Stelle nicht die drei ehrenamtlichen Kreisausschussmitglieder Marco Hesser (Seeheim-Jugenheim), Jessica Tips (Mühlthal) und Georg Theiß (Groß-Umstadt) vergessen werden, die zusätzlich an ca. 120 Kreisausschusssitzungen teilgenommen haben. Darüber hinaus haben 9 Klausurtagungen mit insgesamt 25 Klausurtagen stattgefunden. Wenn man alle Sitzungsteilnahmen zusammen rechnet, haben die Fraktionsmitglieder die stolze Anzahl von 4.800 Terminen wahrgenommen.

Verantwortet wurde die Arbeit der Kreistagsfraktion von den Fraktionsvorsitzenden Manfred Pentz (2011), Evelin Spyra (2011–2012) und Lutz Köhler (seit 2012), den Arbeitskreisvorsitzenden Carsten Helfmann (Haupt- und Finanzen), Heiko Handschuh (Infrastruktur und Umwelt), Sebastian Sehlbach (Schule, Kultur und Sport) sowie Marita Keil (Gleichstellung, Generationen und Soziales). Begleitet wurde die Arbeit der Fraktion und der Arbeitskreise dabei durch die Fraktionsgeschäftsstelle und deren Personal. Dies waren Jessica Tips (2011–2012) und Heiko Handschuh (ab 2012) als Fraktionsgeschäftsführer sowie die Mitarbeiter Renate Holder

(2011–2013) und Sebastian Sehlbach (ab 2013).

Insgesamt mündete die Fraktionsarbeit in 94 Anfragen und Anträgen. Das Spektrum der Anfragen und Anträge reichte dabei von einzelnen Detailfragen bis hin zu eigenen erarbeiteten Konzepten. So fand zum Beispiel das Konzept zur „Medizinischen Versorgung des Landkreises“ der CDU-Kreistagsfraktion fast eine 100-prozentige Aufnahme in das Gesundheitspapier des Landrates.

Was die Öffentlichkeitsarbeit angeht, hat die Kreistagsfraktion in der zu Ende gehenden Wahlperiode bisher 47 Pressemitteilungen sowie 5 Newsletter veröffentlicht. Darüber hinaus betreibt die Kreistagsfraktion eine eigene Homepage.

Wirft man zum Schluss den Blick nun doch noch einmal in Richtung Kommunalwahl 2016, so bleibt festzuhalten, dass sich von den derzeit 22 Kreistags- und 3 Kreisausschussmitgliedern 22 für eine weitere Wahlzeit im Kreistag bewerben. Lediglich drei Kreistagsmitglieder werden bei der nächsten Wahl aus beruflichen oder persönlichen Gründen nicht mehr antreten. Es sind dies Peter Christ (Dieburg), Thorsten Fricke (Reinheim) und Hans Volkmann (Münster). Nicht nur den ausscheidenden Fraktionsmitgliedern, sondern allen Mitgliedern der Fraktion inklusive der Kreisausschussmitglieder sei an dieser Stelle für ihr ehrenamtliches Engagement im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und auch der CDU gedankt. ■

Kreisfinanzen 2016:
**Geldsegen für Städte
und Gemeinden
unwahrscheinlich** — Seite 2

Kreisjugendheimes:
**Das hohe Defizit trägt Jahr
für Jahr immer noch komplett
der Steuerzahler** — Seite 3

Schulbau:
**Schlechte Haushaltslage
zwingt zum Sparen
beim Schulbau** — Seite 4

Einrichtung von „WLAN-Hotspots“ im Kreisgebiet

Steigerung der Attraktivität

Auf der jüngsten Sitzung des Kreistages Darmstadt-Dieburg hat die CDU-Kreistagsfraktion einen Prüfungsantrag gestellt, der den Kreisausschuss auffordert, zu prüfen, ob im Kreisgebiet und in allen öffentlichen Verkehrsmitteln der DADINA, den kreiseigenen Gebäuden (insbesondere den beiden Kreiskliniken, den Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge und den Schulen) freie WLAN-Internetzugänge durch den Landkreis, in dessen Auftrag oder gänzlich durch einen privaten Dritten betrieben werden können. Der Internetzugang soll dabei kostenfrei, ohne Registrierung und diskriminierungsfrei ermöglicht werden. Die

Angebote der Darmstädter Freifunkinitiative sind in die Prüfung einzubeziehen. Darüber hinaus hat die Prüfung neben den technischen und finanziellen Möglichkeiten auch rechtliche Aspekte zu beinhalten.

Der Ausbau des schnellen Internets im Landkreis Darmstadt-Dieburg schreitet problemlos und zügig voran. Daher gilt es als konsequenten weiteren Schritt zu prüfen, ob in öffentlichen Gebäuden oder auf öffentlichen Plätzen der Zugang zum schnellen Internet nicht kostenlos ermöglicht werden kann. Der Internetzugang über öffentliche Hotspots wird durch die zunehmende Verbreitung von Smartphones und anderen mobilen Endgeräten (z. B. Tablets) immer mehr nachgefragt und ein solches Angebot wird zunehmend ein Attraktivitätsmerkmal für Städte und Gemeinden sein.

Da sich die Rechtsprechung für die Betreiber von Hotspots mittlerweile einfacher gestaltet, spricht sich die CDU-Kreistagsfraktion dafür aus, dass der Landkreis Darmstadt-Dieburg hier seine Möglichkeiten ausloten und WLAN-Hotspots einrichten sollte. Ein weiterer Aspekt, der für die umgehende Prüfung dieses Sachverhaltes spricht, ist die Tatsache, dass sich das Glasfasernetz derzeit im Aufbau befindet und man unter Umständen an manchen Standorten bereits jetzt kostengünstig die technischen Voraussetzungen für die spätere Installation eines WLAN-Hotspots schaffen kann. ■

Ausblick auf die Kreisfinanzen 2016

Geldsegen für Städte und Gemeinden unwahrscheinlich

Mit Spannung erwartet die CDU-Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg die nächste Kreistagssitzung am 9. November 2015. Hier ist nach Aussagen des Landrats die Einbringung, also die Vorstellung, des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2016 vorgesehen.

Aufgrund von deutlichen Einnahmeverbesserungen des Landkreises, die aus erhöhten Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Hessen und der weiterhin guten und starken Konjunktur resultieren, wäre zumindest eine so genannte „schwarze Null“ zu erwarten. Außerdem böte sich die Möglichkeit an, durch die erhöhten Zuwendungen von Bund und Land, wie zum Beispiel einmalig 7,7 Millionen Euro für Investitionsprogramme oder jährlich 5,4 Millionen Euro durch die Umstrukturierung des Kommunalen Finanzausgleiches des Landes Hessen (KFA), die Kreisumlage zu senken. Wenn man beide Beträge (in Summe 13,1 Millionen Euro) umfänglich zur Senkung der Kreisumlage nutzen würde, ergäbe dies eine Einsparung für die jeweiligen Städte und Gemeinden die der folgenden Tabelle entnommen werden können:

Alsbach-Hähnlein	412.000,- €
Babenhausen(S)	680.000,- €
Bickenbach	244.000,- €
Dieburg (S)	885.000,- €
Eppertshausen	232.000,- €
Erzhausen	305.000,- €
Fischbachtal	93.000,- €
Griesheim (S)	1.175.000,- €
Groß-Bieberau (S)	284.000,- €
Groß-Umstadt (S)	975.000,- €
Groß-Zimmern	560.000,- €
Messel	153.000,- €
Modautal	176.000,- €
Mühltal	600.000,- €
Münster	576.000,- €
Ober-Ramstadt (S)	667.000,- €
Otzberg	237.000,- €
Pfungstadt (S)	1.061.000,- €
Reinheim (S)	724.000,- €
Roßdorf	541.000,- €
Schaafheim	353.000,- €
Seeheim-Jugen.	695.000,- €
Weiterstadt (S)	1.484.000,- €

Wenn man mit den zur Verfügung stehenden 13,1 Millionen Euro die Kreisumlage senken würde, ständen den Städten und Gemeinden die in der Tabelle aufgeführten Beträge zur freien Verwendung zur Verfügung.

Die Senkung der Kreisumlage wäre ein positives Signal an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden und würde deutlich mehr Spielräume für die in der Landesverfassung festgeschriebene kommunale Selbstverwaltung schaffen.

Allerdings ist zu erwarten, dass der Landkreis das Geld selbst vereinnahmt, um seine Finanzlöcher zu stopfen. Es ist sogar zu erwarten, dass die Umlagen an den Landkreis weiter steigen. Der Grund für diese Vermutung ist, dass nach neuester Gesetzgebung die Schulumlage, die die Städte und Gemeinden zahlen, um den Schulbau und die Schulunterhaltung zu finanzieren, kostendeckend sein muss. Wie bekannt ist, führt der Landkreis derzeit ein ambitioniertes Schulbau- und Schulbausanierungsprogramm durch, das politisch unumstritten ist, aber Gesamtausgaben von über 400 Millionen Euro nötig macht, die durch die Städte und Gemeinden zu tragen sind.

Viele Finanzprobleme des Landkreises sind selbst verschuldet bzw. hausgemacht! Als Beispiel ist hier nur der Personalbereich zu nennen: die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kreisverwaltung ist in den letzten sieben Jahren von rund 800 Vollzeitstellen auf knapp 1.000 Vollzeitstellen im Jahr 2015 gestiegen. Bezogen auf die Personalkosten und die Versorgungsleistungen bedeutet dies eine Steigerung von rund zehn Millionen Euro pro Jahr! Dabei sind die tariflichen Lohnsteigerungen noch nicht miteingerechnet. Aus gutem Grund wurde deshalb im Zuge der Haushaltskonsolidierung im Jahr 2013 mit großer Mehrheit im Kreistag der Beschluss gefasst, pro Jahr zehn Stellen einzusparen. Allerdings ist leider das Gegenteil passiert. Im Jahr 2014 wurde der Stellenplan um rund 50 Stellen angehoben und im aktuellen Jahr 2015 werden es mindestens 25 weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Landkreis werden. Nicht zuletzt deshalb wird die CDU-Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg auch in Zukunft die Finanzpraktiken der Kreisregierung genau beobachten und kritisch hinterfragen. ■

Rot-Grün will keine grundlegende Neuaufstellung des Kreisjugendheimes in Ernsthofen

Das hohe Defizit trägt weiterhin der Steuerzahler

Gegen die Stimmen der CDU beschloss der Kreistag den Eigenbetrieb KIBIS aufzulösen und als Regiebetrieb durch die Verwaltung führen zu lassen. Die CDU kritisierte, dass mit dieser Entscheidung an den strukturellen Problemen des Kreisjugendheimes nichts verändert wird und favorisiert eine Übergabe an einen externen Betreiber.

So manche politische Fehlentscheidung hat in der Vergangenheit dazu beigetragen dass das Kreisjugendheim im Modautaler Ortsteil Ernsthofen wirtschaftlich so schlecht dasteht. Abgelegt und aufgrund der Bauweise ungünstig zu bewirtschaften, bietet der Landkreis für Gruppen eine Beherbergungseinrichtung für ca. 80 Personen. Keine der im Kreistag vertretenen Parteien erwartet von der Betriebsleitung des Eigenbetriebes KIBIS unter Federführung der hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten Rosemarie Lück (SPD) einen Gewinn zu erzielen. Für den jährlichen Defizitausgleich wurden dem Eigenbetrieb vor Jahren HSE-Anteile inklusive jährlicher Dividendenzahlungen übereignet. Nachdem die HSE nun seit Jahren keine oder nur geringe Dividenden ausschüttet, sind das konstant wirtschaftlich schlechte Jahresergebnis des Kreisjugendheimes und die Gründe hierfür stärker in den politischen Fokus gerückt.

Auf Vorschlag der CDU-Kreistagsfraktion ist vor einem Jahr zum ersten Mal durch einen im Beherbergungswesen erfahrenen Berater eine Betriebsanalyse durchgeführt worden. In dieser Analyse wurden neben einer Bestandsaufnahme die Stärken und Schwächen des Hauses herausgearbeitet und Ergebnisse vergleichbarer Häuser in öffentlicher Trägerschaft gegenübergestellt. Verbesserungsvorschläge und praktische Handlungsempfehlungen wurden den politisch Verantwortlichen vorgelegt, aber leider seit einem Jahr schleppend und halbherzig von der Betriebsführung umgesetzt.

Eine große Mehrheit im Kreistag gab noch Anfang 2015 den Auftrag an den Kreisausschuss verschiedene Alternativen für eine zukünftige Trägerschaft des Kreisjugendheimes zu prüfen, um mit einer konzeptionellen Änderung oder einer strukturellen Neuausrichtung des Betriebes den dauerhaften Kostenzuschuss zu vermindern und wirtschaftlicher zu betreiben.

Mit der jüngsten Entscheidung, das Kreisjugendheim ab dem Jahreswechsel 2015/16 von der Kreisverwaltung als Regiebetrieb führen zu lassen, ist die nötige

Neuausrichtung ausgeblieben. Da das Defizit nun einfach vom Gesamthaushalt des Landkreises getragen werden wird, kann man davon ausgehen, dass die Verantwortlichen die nötigen Veränderungen und Verbesserungen in Ernsthofen weitgehend unterlassen werden.

Bei der Betriebsanalyse wurden die geprüften Zahlen aus 2013 herangezogen und um das Defizit anschaulicher zu machen, wurde der Jahresverlust von 400.000 Euro auf die einzelne Übernachtung heruntergerechnet. Pro Übernachtung bezahlt ein Gast im Kreisjugendheim durchschnittlich 27,82 Euro. Diese Kosten sind vergleichbar mit ähnlichen einfachen Herbergen. Die Höhe der Aufwendungen pro Gast für Personal, Strom, Wasser, Versicherung, Abschreibung usw. liegt bei einer Höhe von 58,69 Euro. Diese Kosten sind wiederum

nicht vergleichbar mit ähnlichen Häusern. Die Betriebsanalyse zeigt auf, dass jede Übernachtung vom Steuerzahler mit 30,87 Euro bezuschusst wird, ohne dabei für den Kunden etwas besser oder günstiger anzubieten als andere vergleichbare Häuser. Da die Kosten für den Gast nicht in diesem Maßstab erhöht werden können, müssen die Ausgaben reduziert oder bei gleichen Aufwendungen die Übernachtungszahlen deutlich erhöht werden. Nötige Veränderungen werden nach Auffassung der CDU aber nicht entschieden genug betrieben.

Will man das Kreisjugendheim zukünftig erfolgreicher betreiben, braucht man Hilfe von Personen mit Kompetenz im Beherbergungsbereich oder übergibt das Haus besser an einen Betreiber mit Erfahrung.

Die Ankündigung des Landrates Schellhaas (SPD) bei einer öffentlichen Veranstaltung in Modautal, das Kreisjugendheim momentan als letzte Option für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) vorzuhalten, hat viele überrascht und deutet scheinbar auf eine ganz andere zukünftige Verwendung des Kreisjugendheimes hin, als bislang diskutiert. ■



CDU kritisiert Verzögerungen in Sanierungen der Schulen

Schlechte Haushaltslage zwingt zum Sparen bei Schulen

7,7 Millionen Euro für die Schulen im Landkreis – Bundes- und Landesmittel aus dem Investitionsprogramm sollen komplett in den Schulbau fließen

Die Bundes- und Landesregierung stellen dem Landkreis Darmstadt-Dieburg im Rahmen des „Hessischen Kommunalinvestitionsprogrammes“ ca. 7,7 Millionen Euro für Investitionen zur Verfügung. „Die Zuschüsse von Land und Bund sollen nach Auffassung der CDU-Kreistagsfraktion ausschließlich in den Schulbau investiert werden“, fordert der Fraktionsvorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg Lutz Köhler. „Jeder in den Schulneubau oder auch die Sanierung der Schulgebäude investierte Euro, ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes.“

Die CDU-Kreistagsfraktion hatte diese Forderung als Dringlichkeitsantrag in die Kreistagssitzung am 28. September 2015 eingebracht. Der Hintergrund dieser Forderung war, dass durch wiederholte Vorgaben des Regierungspräsidiums als Aufsichtsbehörde des Landkreises im Schulbaubereich in den vergangenen Jahren rund 20 Millionen Euro Investitionen aufgrund der desaströsen Haushaltslage gestrichen bzw. zurückgestellt werden mussten. Deshalb zieht sich das Schulbauprogramm, das 2008

begonnen wurde und ursprünglich acht Jahre dauern sollte, nun bereits mindestens bis ins Jahr 2021 hin. „Mit den Geldern von Bund und Land könnten wir wenigstens die Verzögerungen des Jahres 2015 aufholen“, so Köhler weiter. „Denn in diesem Jahr hat das Regierungspräsidium dem Landkreis

knapp 7,1 Millionen Euro als Sparvorlage vorgegeben.“

„Aus diesem Grund müssen manche Schulen wie z. B. die Tannenbergschule in Seeheim-Jugenheim, die Alfred-Delp-Schule in Dieburg oder die Ernst-Reuter-Schule in Groß-Umstadt zum Teil bereits über zehn Jahre auf ihre Sanierung warten“, kritisiert der Weiterstädter Jurist. „Hätte der Landrat in der Vergangenheit seine Hausaufgaben gemacht und deutlich früher mit der Haushaltskonsolidierung begonnen, müsste ihm die Aufsichtsbehörde jetzt nicht jedes Jahr das Sparen am Schulbau verordnen“, so Köhler abschließend. ■



Ihre Kreistagsabgeordneten vor Ort

Babenhäuser

Reinhard Rupprecht

Dieburg

Peter Christ
Boris Freund
Iris Landgraf-Sator

Eppertshausen

Bürgermeister
Carsten Helfmann

Fischbachtal

Gabriele Pauker-Buß

Griesheim

Evelin Spyra

Groß-Bieberau

Waldemar Stetter

Groß-Umstadt

Heiko Handschuh

Groß-Zimmern

Bürgermeister Achim
Grimm
Manfred Pentz MdL

Modautal

Marita Keil

Mühltal

Bürgermeisterin
Dr. Astrid Mannes
Rainer Steuernagel

Münster

Hans Volkmann

Ober-Ramstadt

Winfried Landrock

Otzberg

Frank Klock

Reinheim

Thorsten Fricke

Schaafheim

Siegfried Sudra

Seeheim-

Jugenheim

Sven Holzhauer

Weiterstadt

Lutz Köhler
Sebastian Sehlbach

Kreisausschuss

Groß-Umstadt

Georg Theiß

Modautal

Jessika Tips

Seeheim-

Jugenheim

Marco Hesser



Kontakt

CDU Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg

Heiko Handschuh,
Fraktionsgeschäftsführer
Jägertorstraße 207
64829 Darmstadt

Telefon: (06151) 881 1373

Telefax: (06151) 881 1374

E-Mail: cdu-kreistag@gmx.de

Web: www.cdu-kreistag.net